

POLICY BRIEF

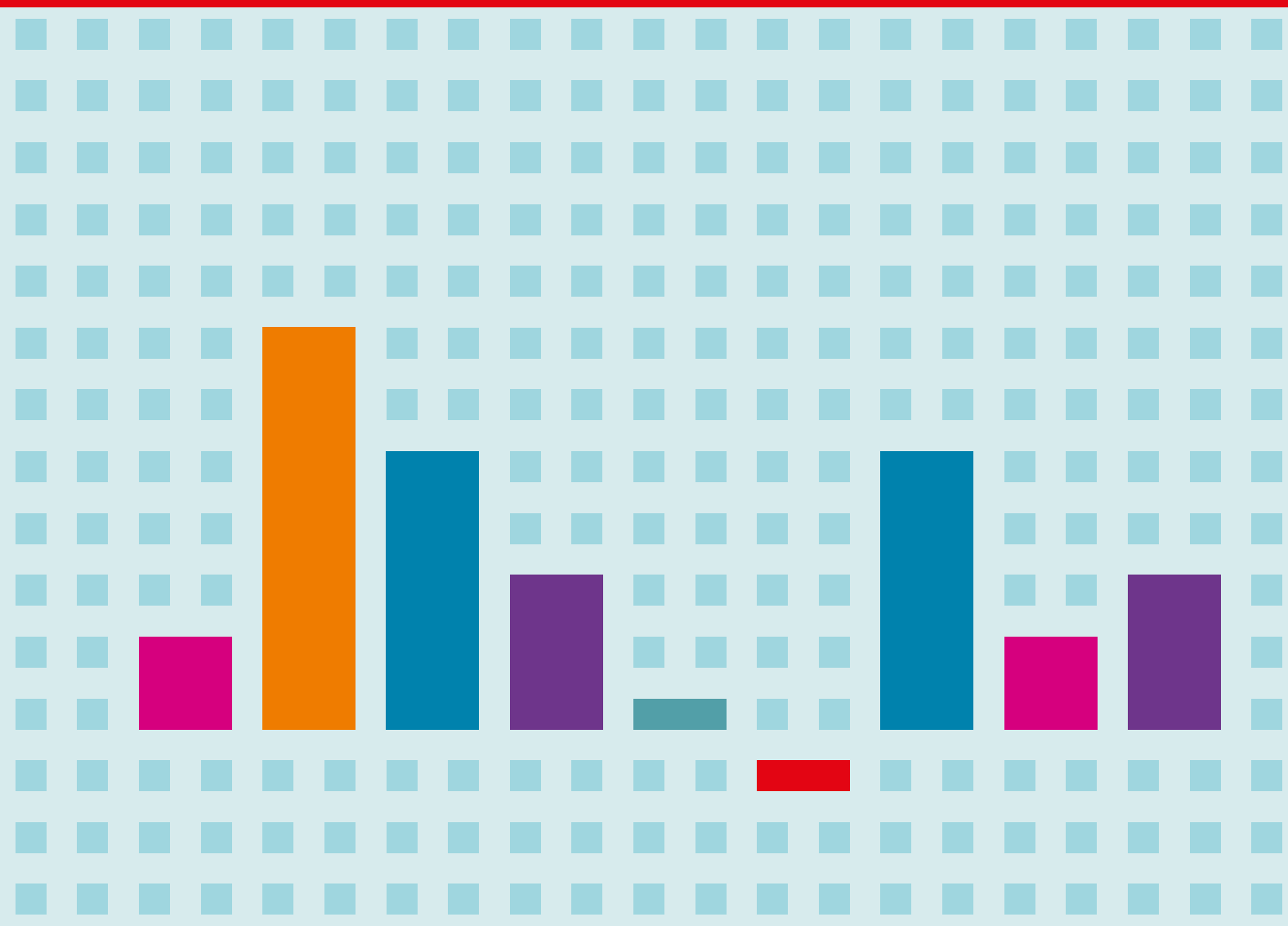
IMK Policy Brief Nr. 199 · Oktober 2025

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation steigt im September auf 2,4 %, vorübergehende Effekte dominieren

Silke Tober



IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation steigt im September auf 2,4 %, vorübergehende Effekte dominieren

Silke Tober¹

Zusammenfassung

Die Inflationsrate in Deutschland erhöhte sich im September 2025 abermals leicht auf nun 2,4 %. Die Energiepreise dämpften mit einem Rückgang von 0,7 % deutlich weniger stark als im Vormonat (-2,4 %). Zugleich erhöhte sich die Teuerung bei Dienstleistungen um 0,3 Prozentpunkte auf 3,4 %. Dabei dominieren temporäre Effekte – bereits im Oktober 2025 dürfte die Inflation wieder sehr nah am Inflationsziel der EZB liegen. Dasselbe gilt für den Anstieg des harmonisierten Verbraucherpreisindex mit zuletzt 2,4 %.

Die Inflationsraten der neun hier betrachteten Haushaltstypen in verschiedenen Einkommensklassen stiegen im September 2025 auf 1,8 % bis 2,3 %. Die in den Jahren 2022 und 2023 entstandene Kaufkraftlücke dürfte mittlerweile überwiegend geschlossen sein, es bestehen in der längerfristigen Betrachtung aber weiterhin Inflationsunterschiede zwischen den Haushalten.

Die Inflationslage ist in Deutschland und im Euroraum entspannt. Im kommenden Jahr dürfte die Inflation sogar unter dem Inflationsziel der EZB liegen. Zugleich belasten die hohen Energiepreise, die starke Aufwertung des Euro und die US-Zölle die Wirtschaft. Bis die staatlichen Investitionen in Deutschland an Breite gewinnen, wird auch die Unsicherheit hoch bleiben. Daher sollte die EZB die Zinsen erneut senken und damit einen Beitrag zur Stärkung der Investitionstätigkeit insgesamt leisten.

Inhaltsverzeichnis

<i>Nahrungsmittelpreisanstieg kaum verringert – Entspannung in Sicht</i>	2
<i>Jahr 2020 ungeeignet für längerfristige Preisvergleiche</i>	4
<i>Energiepreise deutlich weniger stark rückläufig</i>	5
<i>Kernrate steigt vorübergehend auf 2,6 %</i>	5
<i>Teuerung seit 2022 traf Familien geringen und mittleren Einkommens am stärksten</i>	7
<i>HVPI-Inflation steigt trotz merklich anderer Gewichtung ebenfalls auf 2,4 %</i>	9
<i>Aufwertung und Investitionsschwäche erfordern weitere Zinssenkung</i>	10
<i>Anhang</i>	11
<i>Literatur</i>	13

¹ Dr. Silke Tober, Referatsleitung Geldpolitik, Silke-Tober@boeckler.de

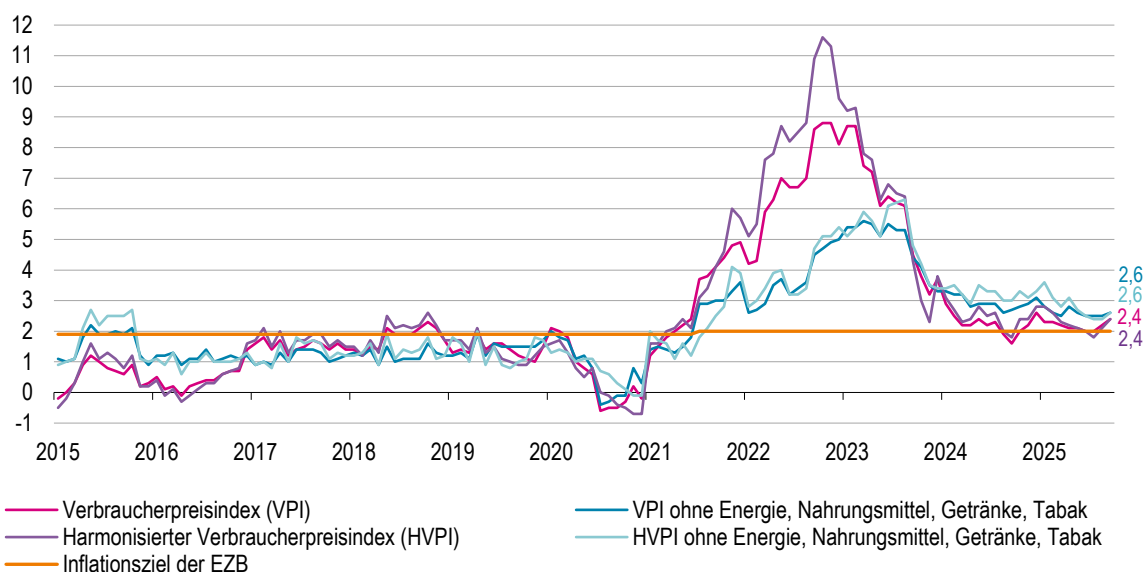
Nahrungsmittelpreisanstieg kaum verringert – Entspannung in Sicht

Die Inflationsrate in Deutschland – gemessen als prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat – erhöhte sich im September auf 2,4 % nach 2,2 % im August und 2,0 % im Juli 2025 (Abbildung 1). Erstens dämpften die Energiepreise erneut deutlich weniger stark als zuvor (-0,7 % nach -2,4 % im August und -3,4 % im Juli 2025), insbesondere weil die Kraftstoffpreise ein Jahr zuvor ihren Jahrestiefstand erreicht hatten. Das bewirkte für sich genommen einen Anstieg der Inflationsrate um 0,15 Prozentpunkte. Zweitens verstärkte sich die Teuerung bei den Dienstleistungen um 0,3 Prozentpunkte auf 3,4 %, was allerdings primär auf temporäre, saisonunübliche Faktoren zurückzuführen sein dürfte. Entsprechend legte die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak um 0,1 Prozentpunkte auf 2,6 % zu.² Demgegenüber schwächte sich der Preisanstieg bei Nahrungsmitteln einschließlich Alkohol und Tabak leicht von 3,2 % auf 3,0 % ab.

Die Teuerungsrate von Nahrungsmitteln im engen Sinne verringerte sich im September 2025 auf 2,1 % (August 2025: 2,5 %). Auch der Preisauftrieb bei alkoholfreien Getränken (8,2 % nach 8,7 %) schwächte sich ab, während er bei alkoholischen Getränken unverändert bei 1,2 % lag und sich bei Tabakwaren etwas verschärfte (5,6 % nach 5,3 %).

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland

Januar 2015 – September 2025, Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat, in %



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Von den 132 Nahrungsmitteln, die im Verbraucherpreisindex enthalten sind, waren 42 im September 2025 preiswerter als ein Jahr zuvor, besonders deutlich – wie größtenteils auch schon in den Vormonaten – Zucker (-29,3 %), Gurken (-25,4 %), Olivenöl (-22,6 %), frische Kartoffeln

² Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Kernrate erhöhte sich ebenfalls um 0,1 Prozentpunkte, lag aber mit 2,8 % weiterhin etwas höher, weil das Statistische Bundesamt neben Energie nur Nahrungsmittel im engen Sinne unberücksichtigt lässt, während hier in Einklang mit Eurostat Nahrungsmittel einschließlich alkoholfreier und alkoholischer Getränke sowie Tabakwaren herausgerechnet werden.

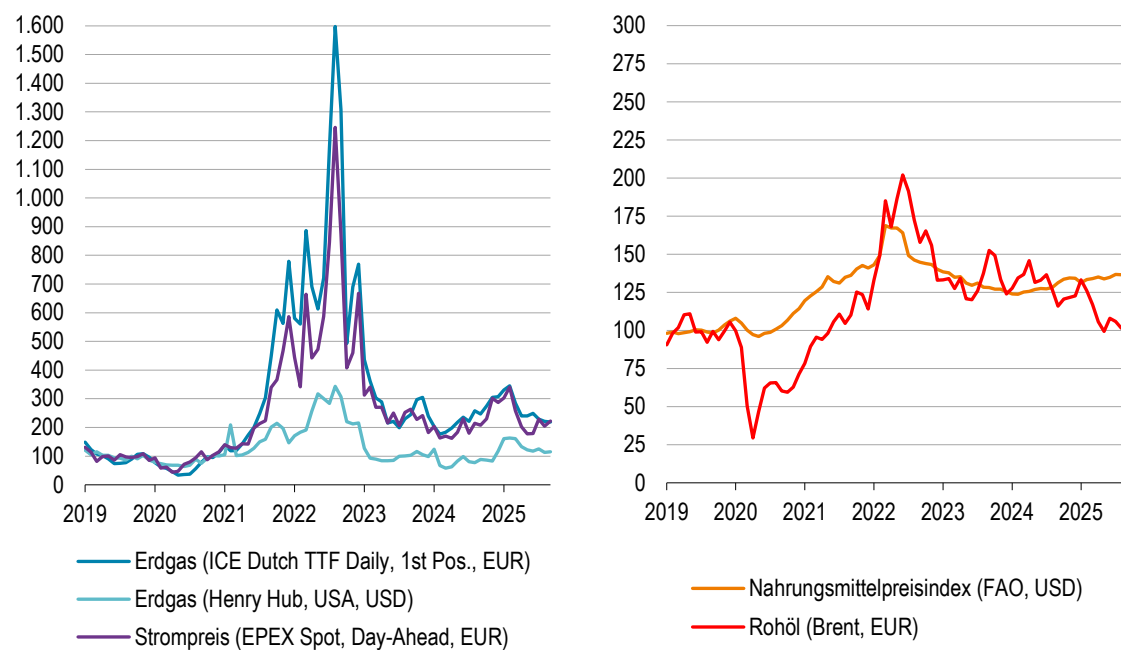
(-14,3 %) und Kürbisse, Auberginen oder Mais (-12,5 %). Zugleich hatten 16 Nahrungsmittel zweistellige Preissteigerungsraten, besonders ausgeprägt Sauerkirschen oder andere Steinobstkonserven (29,8 %), Schokoladentafeln (29,2 %), Bohnenkaffee (24,3 %), Kakaopulver (21,4 %), Pralinen (20,4 %) und Rinderhackfleisch (19,4 %). Auf dem Höhepunkt der Lebensmittelteuerung im Februar 2023 hatten 146 von 168 Nahrungsmitteln Preisanstiege von 10 % oder mehr.

In der längeren Betrachtung von sechs Jahren – seit vor der Pandemie und den darauffolgenden Krisen – haben sich Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke um 39,3 % verteuert, darunter Speisefette und -öle um 52,6 %, Molkereiprodukte und Eier um 47,9 %, Zucker, Marmeladen und andere Süßwaren um 47,8 %, Kaffee, Tee und Kakao um 45,5 %, Mineralwasser, Limonaden und Säfte um 41,8 %, Brot- und Getreideerzeugnisse um 40,6 %, Fleisch- und Fleischwaren um 39,7 %, Fisch und Meeresfrüchte um 31,6 %, Obst um 31,1 % sowie Gemüse um 26,4 %.

Damit haben sich die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke seit September 2019 im Durchschnitt mehr als drei Mal so stark verteuert, als wären sie in Einklang mit dem Inflationsziel der EZB in Höhe von 2 % gestiegen (12,6 %). Ein Grund für den kräftigen Anstieg der Nahrungsmittelpreise sind die globalen Agrarrohstoffpreise, die im Monat nach der russischen Invasion der Ukraine ihren Höhepunkt erreichten, und im September 2025 noch 38,1 % höher lagen als sechs Jahre zuvor (Abbildung 2). Preistreibend wirkten zudem die stark gestiegenen Energiepreise, die aufholende Lohnentwicklung nach den hohen Inflationsraten der Jahre 2022 und 2023 sowie extreme Wetterereignisse.

Abbildung 2: Internationale Energie- und Agrarrohstoffpreise

Index 2019=100, Januar 2019 – September 2025



Quellen: EZB; FAO; Macrobond; U.S. Energy Information Administration;
Berechnungen des IMK.



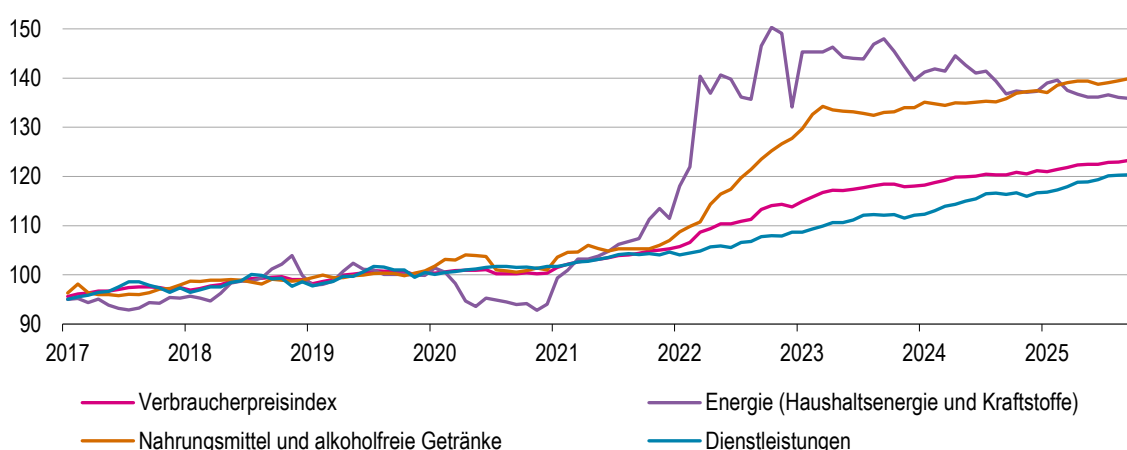
Nachdem sich die Teuerung von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zuletzt von 3,2 % auf 2,9 % abgeschwächt hat, deutet vieles auf eine weitere Entspannung bei den Lebensmittelpreisen in den kommenden Monaten hin: Die überwiegend sehr gute Ernte hierzulande bei

zugleich erhöhten Anbauflächen, der deutliche Rückgang der globalen Kakaopreise infolge positiver Ernteaussichten, die Überwindung des Höhepunkts bei der Blauzungenkrankheit unter Rindern und die zuletzt gegenüber dem Vormonat rückläufigen Preise für Butter und Margarine sowie angekündigte Preissenkungen für Käse in zahlreichen Supermarktketten lassen insgesamt geringere monatliche Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln erwarten, was bereits zeitnah zu geringeren Teuerungsraten gegenüber dem Vorjahresmonat führen wird.

Jahr 2020 ungeeignet für längerfristige Preisvergleiche

Da das Jahr 2020 aktuell das Basisjahr für den Verbraucherpreisindex ist – also das Jahr bei dem alle Teilindizes den Indexwert 100 haben –, läge es nahe, dieses Jahr auch für längerfristige Preisvergleiche zu verwenden. Dagegen sprechen allerdings zwei gewichtige Gründe: Erstens bewirkte der globale Wirtschaftseinbruch bis April des ersten Coronajahrs einen massiven Rückgang des Rohölpreises, der ein Sinken der Energiepreise im Verbraucherpreisindex um jahresdurchschnittlich 4,3 % bewirkte (Abbildungen 2 und 3). Zweitens wurde die Mehrwertsteuer für die zweite Jahreshälfte 2020 zur Unterstützung der Wirtschaft gesenkt; konkret wurde der Regelsteuersatz von 19 % auf 16 % und der ermäßigte Steuersatz von 7 % auf 5 % gesenkt (Egner 2021). Da sich der Rohölpreis im Verlauf von 2020 erholte und im April 2021 bereits sein Vorpandemieniveau erreicht hatte, stieg die Inflation im Jahr 2021 allein wegen der geringen Basis im Jahr 2020 deutlich. Das Gleiche gilt für Inflation in der zweiten Jahreshälfte 2021, für deren Berechnung Preise zu den regulären Mehrwertsteuersätzen mit Preisen bei abgesenkten Sätzen verglichen werden. Insgesamt lag die Inflationsrate im Jahr 2020 bei 0,5 % und im Jahr 2021 bei 3,1 %. Das Preisniveau 2021 lag entsprechend um 3,6 % höher als 2019 und war damit niedriger, als wäre es in Einklang mit dem Inflationsziel der EZB gestiegen.

Abbildung 3: Verbraucherpreisindex und ausgewählte Teilindizes
Januar 2017 – September 2025, Indizes 2019 = 100



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Vergleicht man das Jahr 2024 mit dem Jahr 2020 ergibt sich ein Anstieg der Verbraucherpreise um 19,3 %. Ein Anstieg der Preise über den gleichen Vierjahreszeitraum in Einklang mit

dem Inflationsziel von 2 % hätte einen Anstieg um 8,2 % bewirkt, so dass die Differenz bei 11,1 Prozentpunkten liegt. Verwendet man aus oben genannten Gründen das Jahr 2019 für den mehrjährigen Vergleich ergibt sich eine Differenz von 9,5 Prozentpunkten, basierend auf 19,9 % tatsächlichem VPI-Anstieg in dem Fünfjahreszeitraum und 10,4 % Anstieg im Fall einer jährlichen Steigerung von 2 %. Die Verwendung des Jahres 2020 für den langjährigen Preisvergleich überzeichnet somit die überhöhte Inflation der vergangenen Jahre um 1,6 Prozentpunkte.

Energiepreise deutlich weniger stark rückläufig

Obwohl die Energiepreise auf Monatsbasis noch einmal gesunken sind, sind sie gegenüber September 2024 mit -0,7 % deutlich weniger stark gefallen als zuvor (-2,4 %). Grund war der starke Rückgang auf Monatsbasis ein Jahr zuvor, und insbesondere, dass der Rohölpreis im September 2024 in Euro gerechnet seinen Jahrestiefstand erreichte. Infolge des schwächeren Rückgangs verringerten die Energiepreise die Inflationsrate im September 2025 nur noch um 0,06 Prozentpunkte nach 0,21 Prozentpunkten im Vormonat.

Unter den drei großen Energieträgern für Haushaltsenergie verringerte sich der Preis für Heizöl wie in den Vormonaten am stärksten, allerdings erneut deutlich weniger kräftig (-6,3 % nach -8,9 % im August 2025), gefolgt von Strom mit -1,6 % (August 2025: -1,7 %) und Erdgas mit -1,0 % (August 2025: -1,4 %).³ Fernwärme verbilligte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,2 %. Insgesamt war Haushaltsenergie im September 2025 1,9 % günstiger als im September 2024 (August 2025: -2,3 %). Kraftstoffe waren 1,1 % teuer als ein Jahr zuvor – der erste Preisanstieg gegenüber dem Vorjahresmonat seit Mai 2024 (August 2025: -2,5 %).

Verglichen mit September 2019 lagen die Energiepreise insgesamt um 35,8 % höher, darunter Haushaltsenergie um 45,4 % und Kraftstoffe um 22,6 %. Am höchsten war der Preisanstieg in dem Sechsjahreszeitraum bei Kohlebriketts (91,6 %), gefolgt von Erdgas (87,3 %), Flüssiggas (81,6 %), Fernwärme (74,8 %), Brennholz und Holzpellets (40,0 %), Strom (28,0 %) und Heizöl (16,8 %).

Kernrate steigt vorübergehend auf 2,6 %

Während der Preisauftrieb bei den Waren in der Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak im September 2025 leicht abnahm (1,1 % nach 1,3 %), erhöhte sich der Anstieg der Dienstleistungspreise deutlich von 3,1 % auf 3,4 %. Da Letztere einen Anteil von 65,2 % an der Kernrate haben, erhöhte sich die Kernrate um 0,1 Prozentpunkte auf 2,6 %.

Dabei verteuern sich einige Dienstleistungen weiterhin sehr stark, insbesondere Versicherungsdienstleistungen für Reise und Gepäck (unverändert 12,1 %) und für private Verkehrsmittel (10,4 % nach 10,3 %), der öffentliche Nahverkehr (11,2 % nach 11,1 %) und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (8,2 % nach 8,1 %).

³ Einschließlich der Betriebskosten von Zentralheizungen. Betrachtet man nur die Haushalte mit eigenem Gasanschluss bzw. eigener Ölheizung wie in den Pressemitteilungen von Destatis, betrug die Teuerungsrate im September 2025 0,7 % bei Erdgas und 0,1 % bei Heizöl.

Ausschlaggebend für die gestiegene Teuerungsrate bei Dienstleistungen waren aber Basis-
effekte bei den Preisen für Pauschalreisen und Flüge sowie eine saisonunübliche Entwicklung
der Bahnpreise und der Hotelpreise. Die Teuerung bei Pauschalreisen erhöhte sich infolge der
Rohölpreisentwicklung im vergangenen Jahr deutlich von 2,5 % im August 2025 auf 4,1 % im
September 2025, während sich zugleich der Preiserückgang bei Flügen von -7,2 % auf -4,9 %
abschwächte. Infolge des saisonunüblich starken Anstiegs der Bahntickets erhöhte sich die
Teuerung bei Bahntickets von -0,6 % im August 2025 auf 3,8 % im September 2025 und ein
saisonunüblicher Anstieg der Hotelpreise in Nordrhein-Westfalen war maßgeblich verantwort-
lich für den Anstieg der Teuerung bei Übernachtung von 2,7 % im August 2025 auf 4,4 % im
September 2025.⁴ Insgesamt erklärt die Teuerung bei Flügen, Pauschalreisen, Bahntickets und
Übernachtungen 0,2 Prozentpunkte des Anstiegs der Dienstleistungssteuerung um spitzgerech-
net 0,27 Prozentpunkte. Folglich ist damit zu rechnen, dass die Teuerungsrate der Dienstleis-
tungen bereits im Oktober 2025 wieder geringer ausfällt.

Im Vergleich zu September 2019 lagen die Preise von Dienstleistungen im September 2025
um 19,1 % höher und die Preise von Waren ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak
um 16,5 %. Damit haben sie sich weiterhin nur etwa halb so stark verteuert wie Nahrungsmittel
im weiten Sinne und Energie.

Dabei sanken beispielsweise die Preise für Computer (-13,8 %), Telefone sowie andere
Geräte für die Kommunikation (-10,9 %), Hausratversicherungen (-9,9 %), Rundfunk- und
Fernsehgeräte (-8,0 %), den öffentlichen Nahverkehr (-6,8 %), Bahntickets (-5,9 %) und Te-
lekommunikationsdienstleistungen (-4,1 %).

Einzelne Dienstleistungen verteuerten sich demgegenüber in der längeren Frist stark, ins-
besondere Dienstleistungen für die Instandhaltung und Reparatur der Wohnung (55,4 %),
Flüge (44,8 %), Dienstleistungen von Hauspersonal und andere häusliche Dienste (43,4 %),
soziale Dienstleistungen (42,4 %), Veterinärdienstleistungen (37,5 %), Betriebssysteme oder
andere Computersoftware (37,3 %), Gaststättendienstleistungen (36,2 %), chemische Reini-
gung, Waschen und Bügeln (32,4 %), Friseurdienstleistungen für Männer/Kinder (37,1 %) und
Frauen (33,8 %) sowie Versicherungen für Reise und Gepäck (33,3 %).

Rund ums Auto ist es in den vergangenen sechs Jahren ebenfalls deutlich teurer gewor-
den: Die Preise für Pkw stiegen seit September 2019 um 30,7 % – darunter Gebrauchtwagen-
preise um 45,1 % –, die Preise für Ersatzteile und Zubehör um 20,8 %, für Wartung und
Reparatur um 38,8 % und für die Versicherung von privaten Verkehrsmitteln um 63,6 %.⁵

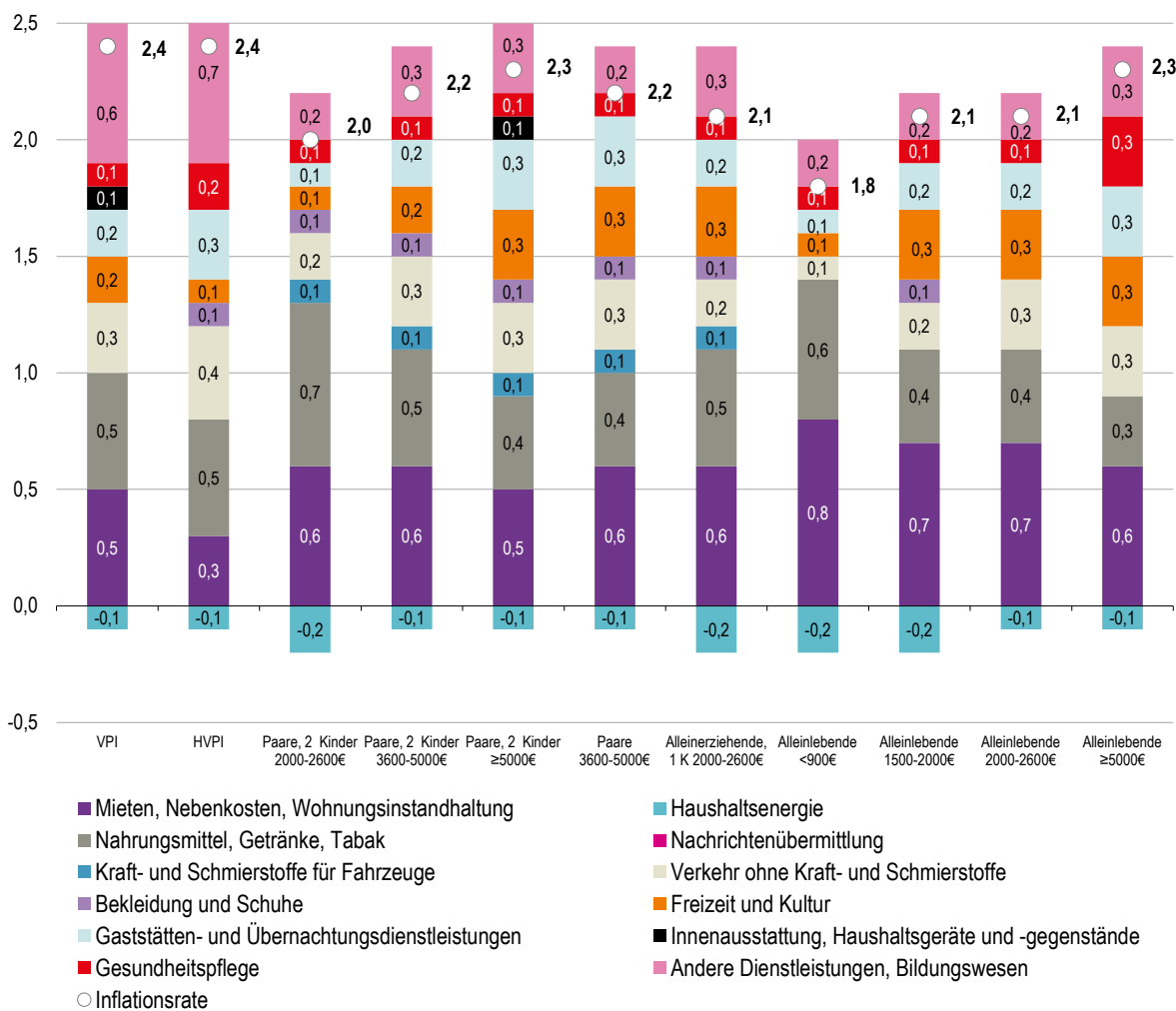
⁴ Ein ähnliches Phänomen trat bereits im Juni dieses Jahres auf, als die Übernachtungspreise in Nord-
rhein-Westfalen sprunghaft anstiegen (Tober 2025f) und im Folgemonat kräftig zurückgingen (Tober
2025g). Das Land Nordrhein-Westfalen hat ein Gewicht von 20,1 % am deutschen Verbraucherpreis-
index (Mai und Egner 2023).

⁵ Der kräftige Anstieg der Versicherungspreise für private Fahrzeuge um knapp 64 % seit Septem-
ber 2019 ist schwer mit den oben genannten Preissteigerungen bei Pkw, Ersatzteilen sowie der
Wartung und Reparatur von Fahrzeugen in Einklang zu bringen, selbst unter Berücksichtigung er-
höhter Reparaturkosten im Schadensfall infolge technologischer Neuerungen, der gestiegenen
Entlohnung im Versicherungsgewerbe und höherer medizinischer Kosten. Das wirft die Frage auf,
ob die Versicherungsunternehmen übermäßig auf eine Aufforderung der Finanzaufsicht BaFin
Ende 2023 reagiert haben, die Prämien zu erhöhen (BaFin 2023). Die Aufforderung an einen Sek-
tor, die Preise zu erhöhen, statt beispielsweise Kostensenkungen auch bei den Rückversicherern
anzumahnen, erscheint zudem aus wettbewerbspolitischer Sicht problematisch.

Teuerung seit 2022 traf Familien geringen und mittleren Einkommens am stärksten

Die Inflationsraten der neun im IMK Inflationsmonitor monatlich betrachteten Durchschnittshaushalte (siehe Anhang) lagen im August 2025 zwischen 1,8 % und 2,3 %. Abbildung 4 zeigt die auf der Grundlage von 30 Ausgabenpositionen berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten und die Beiträge der zwölf zusammengefassten Ausgabenpositionen zu der jeweiligen Inflationsrate sowie zum Anstieg des nationalen und des harmonisierten Verbraucherpreisindex.⁶

Abbildung 4: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im September 2025
in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



⁶ Destatis veröffentlicht seit Juni und zurück bis Anfang 2025 keine Daten für die Aggregate „Finanzdienstleistungen“ und „Andere Dienstleistungen, a. n. g.“. In der tieferen Gliederung fehlen nur die Gebühren für Steuerberatung bzw. für Rechtsanwälte/Notare. Zur Berechnung der haushaltsspezifischen Inflationsraten wurde für die Finanzdienstleistungen der Teilindex Bank-/Sparkassengebühr verwendet. Der Preisindex „Andere Dienstleistungen, a. n. g.“ wurde mit der durchschnittlichen Steigerungsrate der vorhandenen fünf Teilaggregate fortgeschrieben (Gebühr für Geburtsurkunden, Sterbeurkunden o. Ä., Passgebühr o. Ä., Bestattungsleistungen und Friedhofsgebühr, Kurtaxe, Kleinanzeige in einer Zeitung).

Die zwölf Ausgabenpositionen weichen von den zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex ab, um die beiden Komponenten der Gütergruppe Energie gezielt auszuweisen. Entsprechend wurde die Haushaltsenergie aus der Abteilung 4 (Wohnen) herausgelöst und die Kraft- und Schmierstoffe aus der Abteilung 7 (Verkehr). Mit dem Ziel der Übersichtlichkeit wurden dann Abteilungen 1 und 2 als Untergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zusammengefasst und das Bildungswesen (Abteilung 10) mit einem geringen Gewicht von 0,9 % am Warenkorb der Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) zugeschlagen (Tabelle A2 im Anhang).

Tabelle 1: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im September 2025

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,7	0,5	0,6	0,3
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,6	0,6	0,8	0,6
Haushaltsenergie	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1
Kraft- und Schmierstoffe	0,1	0,1	0,0	0,0
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,2	0,3	0,1	0,3
Freizeit und Kultur	0,1	0,2	0,1	0,3
Gastgewerbe	0,1	0,2	0,1	0,3
Übrige Konsumausgaben	0,4	0,4	0,3	0,6
Inflationsrate in %	2,0	2,2	1,8	2,3

Die Inflationsbeiträge summieren sich gegebenenfalls rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate oder zu den Summen im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK.



Anders als in den Vormonaten lag die Teuerungsrate von Familien im unteren Einkommenssegment mit 2,0 % nicht am niedrigsten, sondern mit 1,8 % die der einkommensschwachen Alleinlebenden (Tabelle 1). Die Teuerungsrate von einkommensschwachen Familien erhöhte sich aufgrund des stärkeren Anstiegs der Preise für Bekleidung und der nicht mehr dämpfenden Kraftstoffpreise um 0,3 Prozentpunkte, während die Teuerungsrate von einkommensschwachen Alleinlebenden unverändert blieb, da Kraftstoffe kaum eine Rolle spielen und der geringere Anstieg der Nahrungsmittelpreise den schwächeren Rückgang der Preise für Haushaltsenergie kompensierte.⁷ Einkommensstarke Alleinlebende – die seit Februar 2024 durchgängig die höchste Inflation hatten, nachdem sie zuvor stets am unteren Rand lagen –, hatten mit 2,3 % erneut die höchste Rate und lagen dabei gleichauf mit einkommensstarken Familien. In

⁷ Die Tatsache, dass alle neun haushaltsspezifischen Inflationsraten unterhalb der Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes lagen, ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die besonders stark gestiegenen Preise für Versicherungen und soziale Dienstleistungen bei den Konsumausgaben der Haushalte gemäß der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018 ein geringeres Gewicht haben als in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, auf der die Verbraucherpreisstatistik seit Anfang 2023 beruht (siehe Anhang).

beiden Fällen erhöhte sich der Inflationsbeitrag von Pauschalreisen um 0,1 Prozentpunkte, und auch die Kraftstoffpreise erhöhten die Inflationsrate.

Die aktuellen Unterschiede zwischen den haushaltsspezifischen Inflationsraten mindern die deutlich höhere Belastung einkommensschwacher Haushalte während der Hochinflationsphase. In den Jahren 2022 und 2023 verzeichneten einkommensschwache Familien eine Inflationsrate von 8,3 % bzw. 6,0 % verglichen mit 6,4 % bzw. 5,3 % im Fall von einkommensstarken Alleinlebenden (Tober 2025b). Im Sechsjahresvergleich seit September 2019 hatten einkommensschwache Familien mit 22,8 % die höchste Inflationsrate, gefolgt von Familien mit mittlerem Einkommen (22,6 %). Abgesehen von einkommensstarken Alleinlebenden lagen die übrigen Inflationsraten bei 21,5 % bis 22,4 %, wobei Alleinlebende eine geringere längerfristige Inflationsrate hatten als Familien. Die mit Abstand niedrigste Inflationsrate war die von einkommensstarken Alleinlebenden mit 20,7 %. Über den gleichen Zeitraum betrug die VPI-Inflation 22,3 % und die HVPI-Inflation 25,0 %, während die Bruttolöhne und -gehälter je Stunde zwischen dem zweiten Quartal 2019 und dem zweiten Quartal 2025 um durchschnittlich 25,5 % gestiegen sind. Die Kaufkraftlücke, die durch die überhöhte Teuerung infolge der Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln entstand, dürfte daher ganz überwiegend geschlossen sein. Ausschlaggebend dafür sind die kräftigen Lohnsteigerungen, die deutlich gefallenen Energiepreise und verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen. Ein ähnliches Ergebnis zeigte bereits der Jahresvergleich 2019 bis 2024 (Dullien, Rietzler und Tober 2024; Tober 2025b).

HVPI-Inflation steigt trotz merklich anderer Gewichtung ebenfalls auf 2,4 %

Die für die Geldpolitik wichtige Inflationsrate auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ist in Deutschland im September 2025 auf 2,4 % gestiegen und lag damit gleichauf mit der VPI-Rate. Die HVPI-Kernrate entsprach nach einem Anstieg um 0,2 Prozentpunkte mit 2,6 % ebenfalls der VPI-Kernrate (Abbildung 1).

Wie beim VPI betrug der Rückgang der Energiepreise nur noch 0,7 % (nach zuvor -2,3 %), was für sich genommen einen Anstieg der Inflationsrate um 0,17 Prozentpunkte begründet, verglichen mit 0,15 Prozentpunkten bei der VPI-Inflation. Grund hierfür ist das etwas höhere Gewicht der Energiepreise. Die leicht niedrigere Teuerung bei Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak (2,9 % nach 3,1 % im August 2025) verringerte die Inflation wie beim VPI um 0,03 Prozentpunkte.

Der Anstieg der Dienstleistungspreise – mit einem Anteil von 63 % an der Kernrate – erhöhte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 3,5 % und damit stärker als im VPI. Das liegt vor allem daran, dass die ausschlaggebenden Positionen im HVPI – und stärker noch bei den Dienstleistungen im HVPI – ein höheres Gewicht haben als im VPI. So sind 0,2 Prozentpunkte des Anstiegs der Dienstleistungssteuerung auf den stärkeren Preisanstieg bei Pauschalreisen zurückzuführen und 0,1 Prozentpunkte auf den stärkeren Anstieg bei Übernachtungen. Weitere 0,1 Prozentpunkte gehen auf erhöhte Verkehrsdienstleistungspreise zurück, und zwar vor allem auf die Preise von Bahntickets. Anders als im VPI spielen die Flugpreise keine Rolle, da ihr Rückgang infolge einer höheren Gewichtung der Auslandsflüge kaum geringer war als im August 2025 und der Preisanstieg in den letzten drei Monaten des Jahres 2024 etwas geringer gewichtet wird als der bisherige Preisrückgang in diesem Jahr.

Die Teuerung bei Waren ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak schwächte sich leicht auf 1,2 % ab.

Aufwertung und Investitionsschwäche erfordern weitere Zinssenkung

Trotz noch überhöhter Preissteigerungen im Dienstleistungsbereich ist die Inflationslage in Deutschland wie auch im Euroraum entspannt. Dabei dürfte sich der Anstieg der Dienstleistungsteuerung im September 2025 bereits im Folgemonat zurückbilden. Die Teuerungsrate für Nahrungsmittel dürfte sich weiter abschwächen und die Kraftstoffpreise dürften die Inflation im weiteren Jahresverlauf wieder etwas stärker dämpfen. In den kommenden Monaten ist daher mit Inflationsraten sehr nah am EZB-Ziel von 2 % zu rechnen. Im nächsten Jahr dürfte die Inflation in Deutschland und im Euroraum sogar darunter liegen (EZB 2025, Dullien et al. 2025), wobei die EZB auch für das Jahr 2027 davon ausgeht, dass die Inflation und die Kernrate im Euroraum den Zielwert leicht unterschreiten.

Dabei dämpfen im kommenden Jahr mehrere Maßnahmen der Bundesregierung den Preisauftrieb etwas. So dürfte die geplante Subventionierung der Netzentgelte und die Abschaffung der Gasspeicherumlage den Effekt der Preiserhöhung beim Deutschlandticket und der Erhöhung des CO₂-Preises im Bereich Gebäude und Verkehr um 10 Euro auf 65 Euro je ausgestoßener Tonne leicht überkompensieren. Auch die geplante Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Speisen im Gastgewerbe von 19 % auf 7 % dürfte leicht inflationsmindernd wirken.

In Deutschland und im Euroraum insgesamt wirkt zudem die sich abschwächende Lohnentwicklung und die deutliche Aufwertung des Euro dämpfend auf die Inflation. Außerdem dürften die US-Zölle infolge der Umlenkung von Handelsströmen preisberuhigend wirken.

Zugleich befindet sich die deutsche Wirtschaft nach zwei Jahren Rezession weiterhin in einer schwierigen Lage, und auch der Euroraum insgesamt ist von einer Investitionsschwäche geprägt. Die Belastungen sind hoch, insbesondere infolge der hohen US-Zölle, der starken Aufwertung des Euro und der weiterhin hohen Energiepreise.

Bis die staatlichen Investitionen in Deutschland an Breite gewinnen, wird auch die Unsicherheit hoch bleiben. Daher sollte die EZB die Zinsen erneut senken und damit einen Beitrag zur Stärkung der Investitionstätigkeit insgesamt leisten.

Anhang

Im monatlichen IMK Inflationsmonitor wird seit Anfang 2022 anhand von haushaltsspezifischen Inflationsraten untersucht, wie sich die hohen Preisschocks seit Mitte 2021 auf unterschiedliche Haushaltsgruppen auswirken. Wie die Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten als Veränderung der gewichteten Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat berechnet. Während allerdings die haushaltsspezifischen Inflationsraten weiterhin auf den Ausgabenanteilen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe basieren, berechnet das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex seit 2023 (mit Rückrechnung bis 2020) auf Grundlage von Gewichten, die primär aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden (Statistisches Bundesamt 2023, Dullen und Tober 2023b).

Tabelle A1: Ausgewählte Haushaltstypen mit unterschiedlichem Nettoeinkommen

Nr.	Haushaltstyp	Nettoeinkommen 2018 (Euro)
1	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2.000–2.600
2	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.600–5.000*
3	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	≥ 5.000
4	Paare	3.600–5.000*
5	Alleinerziehende mit 1 Kind	2.000–2.600*
6	Alleinlebende	500 < 900
7	Alleinlebende	1.500–2.000*
8	Alleinlebende	2.000–2.600
9	Alleinlebende	≥ 5.000

* Einkommensklasse des Medianhaushalts des Haushaltstyps.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.



Drei der betrachteten Haushaltsgruppen bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren, in einem Haushalt lebt eine alleinerziehende Person mittleren Einkommens mit einem Kind, vier sind Ein-Personen-Haushalte und ein Haushalt ist ein Paar-Haushalt ohne Kinder mit mittlerem Einkommen (Tabelle A1). Der Medianhaushalt unter den Paaren mit zwei Kindern fiel im Jahr 2018 in die Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600-5.000 Euro. Unter den Alleinlebenden hatte der Medianhaushalt ein Nettoeinkommen von 1.500-2.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2020a).⁸ Diese beiden mittleren Haushalte werden durch die Haushaltsgruppe 2 bzw. die Haushaltsgruppe 7 abgebildet. Haushaltsgruppe 9 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 Euro) bildet den oberen Rand der Einkommensverteilung ab, während der untere Rand durch

⁸ Berechnet auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2020a, S. 115 und S. 138). Das jeweilige Durchschnittseinkommen liegt mit 5.604 Euro bzw. 2.142 Euro höher (Statistisches Bundesamt 2020b, S. 100 und S. 124).

Haushaltsgruppe 6 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 900 Euro) und Haushaltsgruppe 1 (Paar, 2 Kinder, Nettohaushaltseinkommen von 2.000-2.600 Euro) abgedeckt ist.

Die haushaltsspezifischen Inflationsraten werden exemplarisch für repräsentative Haushaltstypen mittleren Einkommens berechnet sowie für jene am unteren und oberen Rand. Dabei handelt es sich jeweils um Durchschnittshaushalte, also weder Haushalte mit Ölheizung, Gasheizung, Kohleofen oder Wärmepumpe noch Haushalte, die die Mobilität primär mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehr, dem Kleinwagen oder dem SUV bestreiten oder Haushalte, die überwiegend tierische Nahrungsmittel essen, Vegetarier sind oder vegan leben. Stattdessen fließen in die Teuerungsrate der durchschnittliche Verbrauch von Öl, Gas, Kohle und Strom ein, ebenso wie die durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Haushaltsgruppe für verschiedene Nahrungs- und Verkehrsmittel.

Tabelle A2: Haushaltsspezifische Ausgabengewichte: Datengrundlage und Systematisierung

12 Gütergruppen	Klassifikation Verbraucherpreisindex	Ausgabenposition EVS
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	CC13-01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
	CC13-02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren
Bekleidung und Schuhe	CC13-03	Bekleidung und Schuhe
Wohnen ohne Haushaltsenergie	CC13-72 (041, 042, 044)	Wohnungsmieten (tatsächlich und unterstellt) und Ähnliches
	CC13-043	Wohnungsinstandhaltung
Haushaltsenergie	CC13-045	Haushaltsenergie
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	CC13-05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
Gesundheitspflege	CC13-06	Gesundheit
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	CC13-071	Kauf von Fahrzeugen
	CC13-0721	Ersatzteile und Zubehör für Fahrzeuge
	CC13-0723	Wartung und Reparatur von Fahrzeugen
	CC13-0724	Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge
	CC13-073	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	CC13-0722	Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge
Post- und Telekomdienstleistungen	CC13-08	Post- und Telekomdienstleistungen
Freizeit und Kultur	CC13-091	Audio-, Foto-, IT-Geräte und Zubehör
	CC13-092	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping
	CC13-093	Andere Güter für Freizeit und Garten, Haustiere
	CC13-094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen + Reparaturen
	CC13-095	Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren
	CC13-096	Pauschalreisen
Gaststätten- und Übernachtungsdienstleistungen	CC13-111	Gaststättendienstleistungen
	CC13-112	Übernachtungen
Andere Dienstleistungen, Bildungswesen	CC13-121	Körperpflege: Dienstleistungen, Geräte, Artikel
	CC13-123	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände
	CC13-124-127	Sonstige Dienstleistungen
	CC13-10	Bildung

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Verbraucherpreisindex, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum (COICOP 2-/3-/4-/5-/10-Steller/Sonderpositionen), Statistisches Bundesamt.



Literatur

- Bafin (2023): [Teure Schäden: Müssen Versicherer ihre Beiträge erhöhen und ihre Inflationsannahmen überarbeiten?](#) BaFin Journal. Frankfurt/M., 12. Dezember.
- Breuer, C. / Dullien, S. / Herzog-Stein, A. / Hohlfeld, P. / Rietzler, K. / Stephan, S. / Theobald, T. / Tober, S. / Watzka, S. (2025): [Inlandsnachfrage trägt Konjunktur – Fiskalpolitik kompensiert Exportflaute. Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung 2025/2026.](#) IMK Report 197, September.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023a): [IMK Inflationsmonitor – Nahrungsmittelpreise dominieren infolge der Revision die Inflationsunterschiede im Januar 2023.](#) IMK Policy Brief Nr. 146, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023b): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch.](#) IMK Policy Brief 148, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023c): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten.](#) IMK Policy Brief Nr. 150, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023d): [IMK Inflationsmonitor: Basiseffekte überlagern Abwärtstendenz der Inflation - Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im Juni 2023 sinken leicht.](#) IMK Policy Brief Nr. 154, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation und Kerninflation setzen zaghafte Abwärtstrend fort – Inflationsunterschiede zwischen den Haushalten im Juli 2023 sinken auf einen Prozentpunkt.](#) IMK Policy Brief Nr. 156, August.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023g): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 % - Tendenz sinkend.](#) IMK Policy Brief Nr. 159, Oktober.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023h): [IMK Inflationsmonitor: Erdgas- und Strom trotz Preisbremsen im Oktober 2023 immens teurer als 2019 - Inflation weiter im Sinkflug.](#) IMK Policy Brief Nr. 160, November.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation trotz noch stark steigender Nahrungsmittelpreise im November auf 3,2 % gefallen.](#) IMK Policy Brief Nr. 162, Dezember.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024a): [IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt von 8,7 % auf 3,7 % im Verlauf von 2023.](#) IMK Policy Brief Nr. 163, Januar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024b): [IMK Inflationsmonitor: Staatliche Maßnahmen verhindern noch stärkeren Rückgang der Inflation im Januar 2024.](#) IMK Policy Brief Nr. 164, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024c): [IMK Inflationsmonitor: Inflation in Deutschland und im Euroraum nähern sich weiter der 2-Prozent-Marke – Zinssenkung überfällig.](#) IMK Policy Brief 164, März.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024d): [IMK Inflationsmonitor: Inflation erreicht im März 2024 mit 2,2 % fast die Marke für Preisstabilität.](#) IMK Policy Brief 166, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt wegen höherer Mehrwertsteuer auf Erdgas im April bei 2,2 % – Kernrate sinkt deutlich.](#) IMK Policy Brief 169, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Mai 2024 mit 2,4 % leicht höher - Abschwächungsprozess hin zum Inflationsziel intakt.](#) IMK Policy Brief 170, Juni.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024g): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juni 2024 mit 2,2 % wieder praktisch am Inflationsziel, VPI-Kernrate seit drei Monaten unter 3 %.](#) IMK Policy Brief 172, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024h): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2024 mit 2,3 % leicht höher.](#) IMK Policy Brief 174, August.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im August 2024 auf 1,9 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %.](#) IMK Policy Brief 177, September.

- Egner, U. (2021): [Senkung der Mehrwertsteuersätze im Zuge der Coronapandemie – wie wirkte sie auf die Inflation?](#) WISTA 2021/3, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Eurostat (2018): [Harmonised Index of Consumer Prices \(HICP\)](#). Methodological Manual. Luxemburg, November.
- Europäische Zentralbank (2025a): [ECB staff macroeconomic projections](#). September 2025, Frankfurt/M.
- Mai, C.-M. / Egner, U. (2023): [Analysen zur Revision 2023 in der Verbraucherpreisstatistik](#). Wista – Wirtschaft und Statistik, Heft 4, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2023): [Hintergrundpapier zur Revision des Verbraucherpreisindex für Deutschland 2023](#). Wiesbaden, 22. Februar.
- Statistisches Bundesamt (2020a): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Konsumausgaben privater Haushalte 2018](#). Fachserie 15, Heft 5, 29. Mai 2020 (Seiten 31-34 und 97-144 korrigiert am 28. Oktober 2021), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2020b): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte](#). FS 15, H. 4, 23, April, Wiesbaden.
- Tober, S. (2022): [IMK Inflationsmonitor – Haushaltsspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation?](#) IMK Policy Brief Nr. 114, Januar.
- Tober, S. (2023): [IMK Inflationsmonitor – Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte sinkt trotz steigender Nahrungsmittelpreise leicht im Februar 2023](#). IMK Policy Brief 147, März.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau](#). IMK Policy Brief 178, Oktober.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland im Oktober 2024 bei 2 %, Nahrungsmittel 37,1 % teurer als vor fünf Jahren](#). IMK Policy Brief 182, November.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im November 2024 auf 2,2 %, haushaltsspezifische Inflationsraten liegen nah beieinander](#). IMK Policy Brief 183, Dezember.
- Tober, S. (2025a): [IMK Inflationsmonitor: Inflation mit 2,2 % im Jahr 2024 sehr nah am Inflationsziel, Dynamik noch von Folgen der Preisschocks geprägt](#). IMK Policy Brief 184, Januar.
- Tober, S. (2025b): [IMK Inflationsmonitor: Inflation zu Jahresbeginn 2025 trotz staatlich bedingter Preiserhöhungen bei 2,3 %](#). IMK Policy Brief 187, Februar.
- Tober, S. (2025c): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im Februar 2025 bei 2,3 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %](#). IMK Policy Brief 188, März.
- Tober, S. (2025d): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im März 2025 auf 2,2 %, auch Kernrate sinkt weiter](#). IMK Policy Brief 190, April.
- Tober, S. (2025e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im April 2025 weiter auf 2,1 %, Kernrate durch Osterfeiertage verzerrt](#). IMK Policy Brief 191, Mai.
- Tober, S. (2025f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im Mai 2025 bei 2,1 %, Anstieg der Dienstleistungspreise deutlich verringert](#). IMK Policy Brief 192, Juni.
- Tober, S. (2025g): [IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Juni 2025 auf 2,0 %, erneut schwächerer Preisauftrieb bei Dienstleistungen](#). IMK Policy Brief 194, Juli.
- Tober, S. (2025f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2025 erneut bei 2 %, harmonisierte Rate sinkt auf 1,8 %](#). IMK Policy Brief 195, August.
- Tober, S. (2025f): [Inflation steigt im August auf 2,2 %, Energiepreise dämpfen deutlich weniger](#). IMK Policy Brief 198, September.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
